

Bundesgeschäftsstelle VNN e. V.
Bundesverband der Nachhilfe- und Nachmittagsschulen e.V.
Turmstr. 17
74706 Osterburken

1. Welche Bedeutung kommt Ihrer Partei zufolge der Nachhilfe in unserem Bildungssystem zu?

Nachhilfe wurde bisher den Eltern überlassen. Wir sind der Meinung, dass viele Eltern finanziell und zeitlich damit überfordert sind. Auch der Wissensstand ist nicht immer vorauszusetzen.

Nachhilfe gehört deshalb für uns eindeutig in Form von Förderunterricht in den schulischen Bereich. Um für alle Schüler ein gleichbleibendes Niveau zu halten, fordern wir Piraten Mentoren in allen Klassen, die sich um die individuellen Bedürfnisse der Schüler kümmern.

2. Die institutionelle Nachhilfe verfügt über Kompetenzen und Kapazitäten, die in den öffentlichen Schulen dringend gebraucht werden, z.B. beim Ausbau der Ganztagsbetreuung. Wie steht Ihre Partei zu einer Kooperation zwischen institutioneller Nachhilfe und öffentlicher Schule?

Möglich ist das unter bestimmten Bedingungen:
Eingliederung in die Schulen, Kooperation mit den Fachlehrern, Bezahlbarkeit im Rahmen der ohnehin dringend nötigen Investitionen in Bildung.

3. Befürwortet Ihre Partei, dass die institutionelle Nachhilfe den Privatschulen dahingehend gleichgestellt wird, dass auch sie einheitlich und bundesweit gemäß EU-Vorgabe von der Umsatzsteuer befreit werden?

Um daraus zusammen mit anderen steuerpolitischen Maßnahmen ein allgemeines Sockeleinkommen zu finanzieren, setzen wir uns für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 19% auf alle Güter und Dienstleistungen ein. Spricht eine EU-Vorgabe wie in diesem Fall gegen die Erhebung der Mehrwertsteuer an sich, leisten wir dem Folge.

4. Zwei Drittel der in Deutschland erteilten Nachhilfe ist unkontrollierbar, weil sie auf dem Schwarzmarkt stattfindet. Hier werden also Steuergelder in nicht unerheblichem Maße hinterzogen. Wie steht Ihre Partei zu dieser Situation?

Ob das Maß erheblich ist, können wir nicht beurteilen. Zum Teil wird Nachhilfe von älteren Schülern erteilt, die ihr Taschengeld damit aufbessern. Mehr Kontrolle schafft nicht immer bessere Verhältnisse.

5. Mit Hilfe des Bildungs- und Teilhabe-Paketes fließen große Mengen wertvoller Steuergelder direkt in den Schwarzmarkt, weil einige Bundesländer bzw. Schulämter solche Träger für die Fördermaßnahme bewusst zulassen. Wie wird Ihre Partei zukünftig mit diesem Missstand umgehen?

Innerhalb der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket werden Kosten übernommen, die sich an den ortsüblichen Preisen für Lernförderung orientieren. Je mehr preisgünstige Anbieter eine für die Budgetverwaltung zuständige Stelle in das Trägerportfolio aufnimmt, umso geringer ist der auszahlende Betrag. Viele Leistungsempfänger haben keine Möglichkeit, den zur Verfügung stehenden Betrag zu erhöhen. Sie müssen geradezu auf preisgünstige Anbieter zurückgreifen, wollen sie ihren Kindern zusätzliche Lernförderung zukommen lassen.

Wir wenden uns gegen eine derartige Praxis. Vielmehr plädieren wir für die Einführung eines elternunabhängigen Kindergrund- und Bildungseinkommens, mit dem auch qualitativ hochwertige Bildungsangebote wahrgenommen werden können. Wir gehen davon aus, dass sich dann der beste Anbieter im Sinne eines besten Preis-Leistungs-Verhältnisses durchsetzt. Ob dies ein institutioneller oder freier Anbieter sein wird, bleibt abzuwarten.

6. Und zu guter Letzt: Stellen Sie sich vor, es gäbe ein Jahr lang in Deutschland überhaupt keinen Nachhilfeunterricht. Welche Auswirkung hätte das Ihrer Meinung nach auf die schulische Ausbildung in Ihrem Bundesland?

Nachhilfe-Unterricht ist nur dann nötig, wenn Schulen nicht das leisten können, wozu sie existieren. Lehrer werden gezwungen, immer mehr Verwaltungsaufgaben zu übernehmen, und das geht immer zu Lasten eines guten Unterrichts und schulischer Fördermaßnahmen.

Investitionen in schulische Bildung sind auch hier sichtbar dringend nötig. In der derzeitigen Situation würden ohne Nachhilfe viele Schüler deutlich weniger erfolgreich das Schulsystem passieren.